

Zu wenig, zu früh

Der Junge Rat fordert mit einer Petition obligatorische Prävention gegen sexualisierte Belästigung an Schulen.

Helena Quarck

Auf der Strasse, in den sozialen Medien und an den Schulen: Häufig beteiligen sich junge Menschen auf unkonventionellen Wegen am politischen Geschehen.

Seit 2005 engagiert sich der Junge Rat in Basel dafür, dass sich 15- bis 24-Jährige auch auf einer direkteren Weise Einfluss auf die Politik nehmen können – und das tun sie auch. «Vertretende des Jungen Rates kommen hin und wieder vorbei und stellen Petitionen vor. Der Austausch mit ihnen ist sehr spannend», bestätigt FDP-Grossrat und Präsident der Petitionskommission Christian Moesch.

Mittels Petitionen will der Junge Rat nun die Bildungspolitik bewegen – ein Kernthema des Jungparlaments. Die Jungpolitikerinnen und -politiker fordern unter anderem die Einführung von schulischer Präventionsarbeit gegen sexuelle Belästigung.

Die Diskussion rund um die sexuelle Bildung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Rahmen sorgte in den letzten Jahren für Furore. 2011 machte ein Bild des sogenannten Sexkoffers national die Runde. Der Koffer wurde in Basler

Schulen mit Holzpenis und Plüschvulva zur sexuellen Aufklärung eingesetzt. Es folgte ein Aufschrei. Die Kinder würden mit solchen Mitteln zu früh «sexualisiert».

Handlungsbedarf in der Sekundarstufe

Dreizehn Jahre später ist diese Empörungswelle aus der Zeit gefallen. Im Lehrplan 21 sind Massnahmen zur Aufklärung festgehalten – und werden bereits im Kindergarten zu einem

Thema. In der dritten Primarstufe wird in allen Schulen die obligatorische Ausstellung «Mein Körper gehört mir» mit Schülerinnen und Schülern behandelt.

Das reicht nicht, findet der Junge Rat. Die Ausstellung eignet sich nicht, um das Thema der sexuellen Belästigung zu behandeln – dafür komme das Programm zu früh. An der Sekundarschule hingegen gäbe es nur freiwillige Angebote, die lediglich von einem Teil der

Schülerinnen und Schüler wahrgenommen würden.

Wie geht es weiter?

Die Jungpolitikerinnen und -politiker schlagen aus diesem Grund vor, Präventions- und Aufklärungsarbeit im Lehrplan der 8. Klasse spezifisch zu verankern. Einerseits soll den Lernenden das Verständnis der verschiedenen Arten von Belästigung und deren Wirkungen vermittelt werden. Andererseits

soll Selbstverteidigung geschult werden – sowohl psychische als auch physische.

Ob die Petition als Nachwehen dieser Debatte zu verstehen ist, ist nicht klar. Im geforderten Workshop soll nicht nur eine Theoriebasis zum Klimawandel vermittelt werden, sondern auch ein eigener Beitrag für den Umweltschutz geleistet werden, wie etwa Abfall sammeln oder einen Baum pflanzen. «Wir hoffen uns, dass durch unsere Petition ein gestärktes Selbstbewusstsein bei Jugendlichen entsteht, eine Enttabuisierung des Themas, weniger Belästigung und mehr Sicherheit in Basel», so der Petitionstext. Die Petition wurde in Anwesenheit von Urs Bucher, Leiter des Bereichs Volksschulen Basel, behandelt.

Bucher betont eine vom Grossen Rat am 19. April überwiesene Motion der ehemaligen Grossrätin Karin Sartorius (FDP). Darin fordert das Kantonsparlament die Regierung dazu auf, innert zwei Jahren ein Konzept auszuarbeiten, das ein Präventionsangebot in Bezug auf sexualisierte Gewalt auf Primar- sowie Sekundarstufe obligatorisch macht. Der Regierungsrat hat bis im April 2025 Zeit.

Auch das Klima wird behandelt

Jugend «In Basel sind wenig Jugendliche darüber informiert, wie sie selbst etwas zum Umweltschutz beitragen können» – in einer zweiten Petition widmet sich der Junge Rat der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Jugendparlament schlägt einen zweitägigen obligatorischen Workshop während der Sekundarstufe zum Thema «Umwelt und Klima» vor.

Im Februar des letzten Jahres machten Schulbesetzungen

von klimaaktivistischen Gruppen in Zürich, aber auch am Basler Gymnasium am Münsterplatz Schlagzeilen. Die Forderungen der Demonstrierenden: mehr Inhalt zum Klimawandel an Schweizer Schulen.

Urs Bucher, Leiter des Bereichs Volksschulen Basel, beriet auch diesen Vorschlag. Er positionierte sich kritisch: Die mit der Petition aufgegriffene Umweltthematik sieht er als im Lehrplan 21 gut verankert. Ausserdem würde die zusätzli-

che Unterrichtszeit zulasten anderer Fächer gehen.

Darüber hinaus: Immer wie mehr würden zu verschiedenen Themen obligatorische Workshops gefordert. Um Inhalte nachhaltig in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler zu verankern, sei ein einmaliger Workshop aber kaum die geeignetste Form. Die Petitionskommission beauftragt den Grossen Rat damit, die Petition dem Regierungsrat zur Behandlung zu überweisen.